

Die Inflation birgt einen enormen sozialen Sprengstoff

STEIGENDE VERBRAUCHERPREISE Soziale Schere öffnet sich immer weiter

¹Dullien, Sebastian/Tober, Silke (2022): Belastungsschere geht im Mai 2022 weiter auf. IMK Inflationmonitor, Düsseldorf, https://www.imk-boeckler.de/pdf/HBS-008343/p_imk_pb_124_2022.pdf.
²Hövermann, Andreas/Kohlrausch, Bettina (2022): Wirtschaftliche Belastungen und Sorgen durch Ukraine-Krieg und Inflation weiter verbreitet als auf Höhepunkt der Corona-Krise, Düsseldorf, https://www.boeckler.de/pdf/pm_wsi_2022_05_27.pdf.

Die Verbraucherpreise steigen in rasantem Tempo. Unter hohen Kosten für Energie und Nahrungsmittel leiden besonders Haushalte mit geringen Einkommen.

Von Karsten Ries

Extrem steigende Energie- und Rohstoffpreise sowie Lieferschwierigkeiten treiben die Inflation seit dem Jahr 2021 immer weiter nach oben. Zunehmend schlagen die Energiepreise auch auf andere Verbrauchskosten um. So waren im Juni 2022 auch Lebensmittel mit einem Plus von 11,5 Prozent deutlich teurer als im Vorjahr. Wegen der Preissteigerungen mussten Beschäftigte allein im ersten Quartal 2022 Reallohnverluste von minus 1,8 Prozent verkraften.

Je nach Haushaltskonstellation und Einkommenssituation wirkt sich die Verbraucherpreisentwicklung sehr unterschiedlich aus. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) hat für neun Haushaltstypen und deren spezifische Warenkörbe individuelle Inflationsquo-

ten berechnet: Die höchste Teuerungsrate von plus 8,9 Prozent verzeichneten im Mai 2022 Familien mit zwei Kindern und einem Einkommen zwischen 2.000 und 2.600 Euro, die niedrigste mit plus 6,5 Prozent verzeichneten Einpersonenhaushalte mit einem Nettoeinkommen ab 5.000 Euro.¹

Haushalte mit niedrigen Einkommen und Kindern leiden stärker unter Preissteigerungen, weil

Haushalte mit niedrigen Einkommen leiden stärker

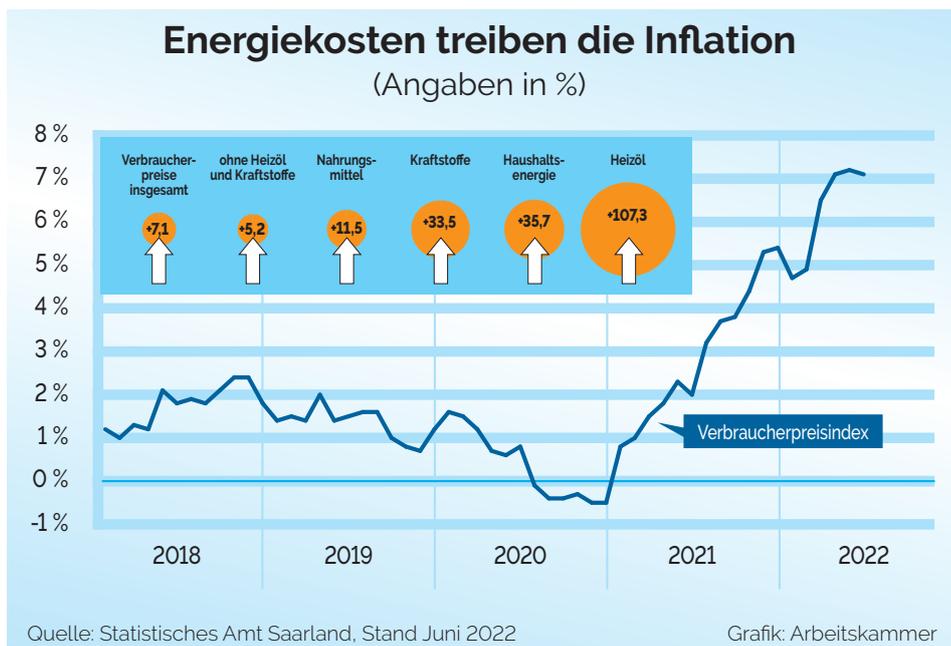
sie keine oder nur geringere finanzielle Rücklagen aufbauen können. Nach der Corona-Pandemie sind diese längst aufgebraucht. Außerdem müssen sie einen erheblich größeren Anteil ihrer ohnehin knappen finanziellen Mittel für Dinge des täglichen Bedarfs ausgeben. Haushaltsenergie fällt in ihrem Warenkorb etwa gut doppelt so stark ins Gewicht. Erschwerend kommt hinzu, dass die Einsparmöglichkeiten dieser Haushalte durch den schlechten energetischen Zustand ihrer meist älteren Mietwohnungen begrenzt sind, so-

dass sie doppelt unter den steigenden Energiepreisen leiden. Auch steigende Preise für Nahrungsmittel spüren sie unmittelbar – ablesbar an der hohen Nachfrage bei den Tafeln, die inzwischen an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen sind.

Insgesamt reichen die Belastungen durch Lebensmittel-, Energie- und Kraftstoffpreise aber bis weit in die Mitte der Einkommensverteilung hinein. Bettina Kohlrausch und Andreas Hövermann vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) warnen vor diesem Hintergrund vor einer enormen sozialen Sprengkraft, weil sich die soziale Belastungsschere immer weiter öffnet.² Viele Erwerbspersonen befürchten, dass Preissteigerungen und die sich allgemein verschlechternde wirtschaftliche Situation für sie langfristig mit negativen Folgen einhergeht: Sie machen sich Sorgen um ihre Altersvorsorge oder glauben ihren Lebensstandard nicht mehr halten zu können. Die Sorge mit dem eigenen Geld nicht mehr über die Runden zu kommen ist aktuell sogar weiter verbreitet als die um den Verlust des Arbeitsplatzes.

Eine deutliche Anhebung der Grundsicherung in Kombination mit einer Preisdeckelung für einen individuellen Grundbedarf an Energie sowie deutliche Lohnerhöhungen sind deswegen unbedingt notwendig. Die Warnung vor einer Lohn-Preis-Spirale, nach der höhere Löhne zu höheren Preisen und weiterer Inflation führen, soll nur die Gewerkschaften disziplinieren. Lohnabhängige sollen „den Gürtel enger schnallen“, die Heizung herunterdrehen und Kaufkraftverluste hinnehmen, damit die Gewinnmargen der Unternehmen nicht leiden. Dagegen müssen Gewerkschaften klare Kante zeigen.

Karsten Ries leitet das Referat Wirtschaftsstruktur-, Arbeitsmarkt- und Verteilungspolitik.



Steigende Energie- und Rohstoffpreise sowie Lieferschwierigkeiten treiben bereits seit dem Jahr 2021 die Inflation an.